

Wedding für Frieden und Solidarität

Seit fast vier Monaten tobt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg in der Ukraine und viele der Folgen sind für uns hier im Wedding immer stärker spürbar. Wie schon in der Corona-Krise beschwören sowohl staatliche Stellen als auch links-liberale bis konservative Schichten einhellig, dass „wir“ alle den Gürtel nun enger schnallen müssten, um die Auswirkungen des Krieges zu meistern. Denn gewaltige Aufgaben kommen auf „uns“ zu. 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr müssen flüssig gemacht werden. Die Verdopplung der Energiepreise und Lebensmittelpreise muss gestemmt und die Integration zehntausender ukrainischer Geflüchteter erreicht werden. In der aktuellen Ausgabe der Plumpe wollen wir einen genaueren Blick auf diese Themenfelder wagen und die Frage aufwerfen: Auf wessen Rücken wird diese Krise ausgetragen?

„Als ich hier vor drei Jahren angefangen habe, hat das Fladenbrot 80 Cent gekostet, jetzt sind es 1,40 Euro. Auf manches kann man verzichten, aber Mehl, Zucker, Öl oder Butter - das ist ja kein Kaviar! Für 50 Euro hat man bestimmt für 'ne Woche eingekauft, aber jetzt kannst du das nicht mehr.“

Seher, Bäckerin

Doch uns ist wichtig, all diese Entwicklungen nicht nur im Bezug auf den Ukraine-Krieg zu bewerten. Schon in den letzten Monaten zogen beispielsweise die Gaspreise kräftig an und ließen den Anteil der Kosten für die Wohnung am Einkommen weiter stark steigen.

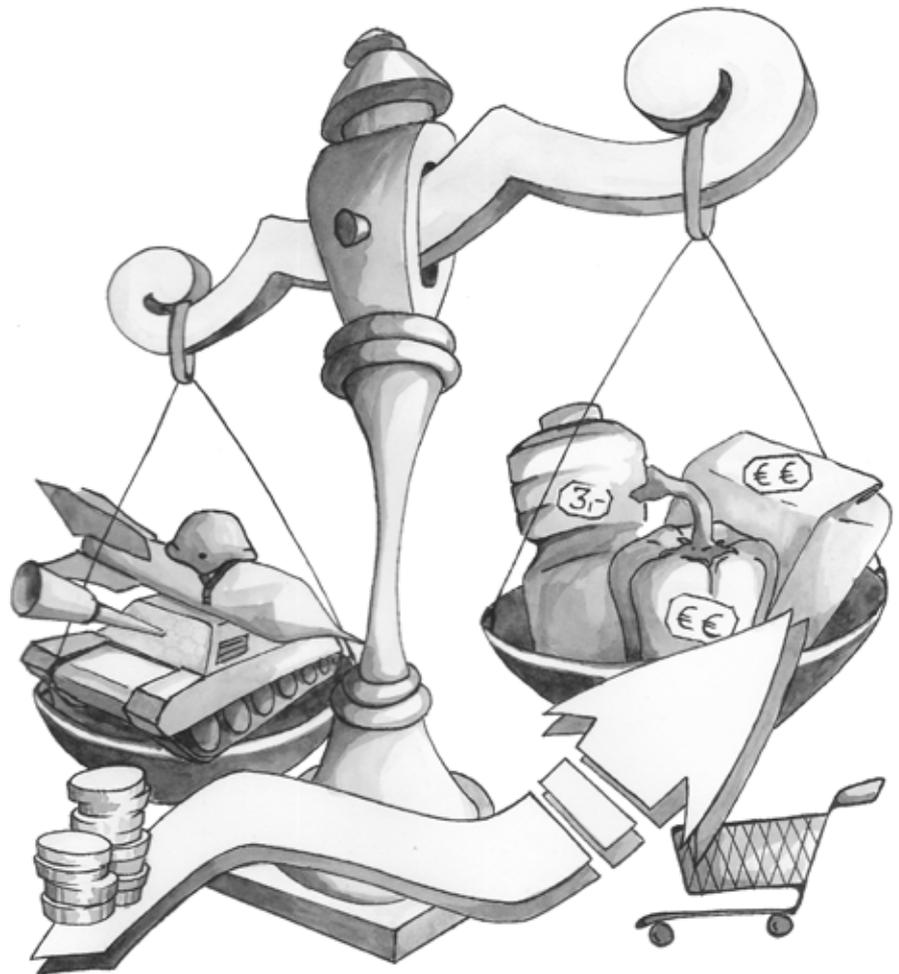


Illustration: Kat23

Währenddessen kämpfen Unternehmen branchenübergreifend weiter um jeden Cent und jede eingesparte Arbeitsstunde gegen die Enteignung großer Wohnungsunternehmen ge-

nauso wie gegen Tarifverträge für ihre Beschäftigten. Der aktuelle Stand des Volksbegehrens und des Tarifvertrags an der Charité soll kurz vorgestellt werden. ☆

Wer kann das bezahlen?

S. 3
Der Gaspreis steigt nicht erst seit Beginn des Krieges für alle. Für viele ist das ein existentielles Problem.

Die Ampelkoalition rüstet auf S. 5

Deutschland jetzt Kriegspartei!

Refugees Welcome!

S. 4
Wie der Krieg in der Ukraine mit Rassismus in den Asyl-Lagern Berlins zusammenhängt

Warum steigen die Preise?

S. 3
Wie berechnen sich Preise für private Haushalte?

Inhalt Ausgabe #10

Auftakt

TITEL

3 Wer kann das bezahlen?

Der Gaspreis steigt nicht erst seit Beginn des Krieges

4 Refugees Welcome!

Wie der Krieg in der Ukraine mit institutionellem Rassismus in den Asyl-Lagern zusammenhängt

5 Die Ampelkoalition rüstet auf - Deutschland ist jetzt Kriegspartei

Nachrichten

6 Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral

Stimmen aus der Nachbar*innenschaft zu steigenden Preisen

KIEZ GESCHICHTE

8 Der Streit um die Kösliner Straße

Die Schande der Sozialdemokratie endet nicht mit dem Blutmai 1992

9 Wie weiter nach dem Volksentscheid?

Kampf um den Kiez auf dem Rücken der Ärmsten

In der Müllerstraße hat ein neuer Drogenkonsumraum eröffnet

THEMEN

10 Ein halbes Jahr nach dem Streik

Immer noch keine Entlastung an den Berliner Krankenhäusern

11 Nach der Zwangsräumung

35 Jahre lebte Daniel im Wedding, bis er Anfang 2020 aus seiner Wohnung zwangsgeräumt wurde

12 80 Mio. Euro Investitionsprogramm zwischen Badstraße und Pankstraße stehen bevor

Steht dem Kiez in den nächsten Jahren eine weitere Aufwertung bevor?

13 Weddinger Wut

Die Kolumne von Ninel aus dem Wedding

14 Philippinischer Diktatorensohn wird Präsident

Antifaschistische Filme mahnen vor Geschichtsrevisionismus und kollektivem Vergessen

SPORT

Kein Kommerz im Park

Kommerzielle Sportanbieter drängen in Parks

INTERNATIONAL

15 «86 m² Internationalismus»

Im Wedding wurde die Eröffnung des Internationalistischen Büros gefeiert

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.noblogs.org



Vi.S.D.P.: Elise Hampel, Amsterdamer Str. 10, 13347 Wedding

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. «Zur-Habe-Nahme» ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wer kann das bezahlen?

Der Gaspreis steigt nicht erst seit Beginn des Krieges für alle. Für viele ist das ein existentielles Problem.

Plumpe Redaktion

Warum steigen die Preise? Die Preise für private Haushalte berechnen sich nach Beschaffung und Vertrieb, Netzentgelten sowie Steuern und Abgaben.

Die größten Schwankungen gibt es beim Anteil (50-60% vom Endprodukt) von Beschaffung und Vertrieb. Geopolitische Krisen und der Weltmarkt bestimmen hier. So wurde im ersten Aufschwung nach der Corona-Krise kaum noch nach Europa geliefert, weil woanders mehr gezahlt wurde und auch der Bedarf stieg. China z.B. möchte von Kohle auf Flüssiggas umsteigen. Das führte zu leereren Gasspeichern. Hinzu kommt eine erhöhte Stromproduktion, die Gas benötigt. Das alles führt zu einer Ressourcenknappheit. Im Vertrieb ist ebenfalls die Gewinnmarge mit einberechnet.

Aber auch die Abgaben und Entgelte haben sich verteuert. So stieg bspw. der CO2-Preis dieses Jahr um etwa 20% und wird an die Verbraucher:innen weitergegeben.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine führte an der Börse zu Preissprüngen von über 70%. Zudem hat die Ukraine teilweise den Transit von Gas nach Europa gestoppt. Der nervöse Markt wird dadurch weiter gereizt.

Warum bin ich in die Grundversorgung gefallen?

Vielen Gasverbraucher:innen wurde Ende letzten Jahres der Vertrag gekündigt. Die Versorger:innen stellten ihre Lieferungen ein. Mitten im Winter fielen die Betroffenen in Berlin der GASAG zu - in die Grundversorgung. Verbraucher:innen hatten die Möglichkeit zu einem anderen Anbieter zu wechseln, viele nahmen keine Neukund:innen mehr auf. Die GASAG erhöhte passend zeitgleich die Preise. Sie begründete dies ebenfalls mit dem veränderten Weltmarkt.

Wer wechselte, aber nicht schnell genug, zahlte nicht den Durchschnitts-

wert von vorher, sondern den Realverbrauch des aktuellen Wintermonats. Das bedeutet zum Beispiel im Falle eines 5-köpfigen Haushaltes mit Gasetagenversorgung, dass anstelle vom vorherigen Wert von etwa 130€/monatl. nun etwa 400€ Realverbrauch zu zahlen war. Das rechnet sich am Ende des nächsten Jahres runter, allerdings sind dies akute Mehrausgaben.

Was tut die Bundesregierung?

Um die Mehrkosten aufzufangen, entlastet die Regierung Menschen die Wohngeld, BAföG oder Ausbildungsgeld erhalten mit Zuschüssen.

Für die Unabhängigkeit von russischem Gas, will die Regierung aus den USA oder Katar importieren. Auch der Import von grünem Wasserstoff ist geplant, dazu werden die Netze umgebaut (was die Netzentgelte vermutlich wieder steigen lassen wird). Zudem wurde ein Gesetz vorbereitet, was der Bundesregierung vereinfacht, Energiefirmen unter ihre Treuhandschaft zu stellen oder im Zweifel enteignen zu können.



Ölkonzerne profitieren vom Ukraine-Krieg

Was hat das mit mir zu tun?

Liest man täglich in Medien und Politik davon, was Privathaushalte alles tun können, um ihren Verbrauch zu reduzieren, wird eines sehr deutlich: Ein politisches Problem wird individualisiert. Die Bild schreibt davon, welche Körperstellen wir uns nur noch waschen müssen, um zu sparen. Bundesminister Habeck (Bündnis90/Die Grünen) spricht davon, dass jeder Kubikmeter Gas zähle und wie wichtig es sei, sich vom russischen Gas unabhängig zu machen. So werden die Preismargen der Firmen als gottgegeben angenommen und nicht ansatzweise diskutiert. Es verhält sich am Ende mit den Gaspreisen ähnlich wie mit den generellen Teuerungen. Es wird ausschließlich über Subventionierung für bestimmte geredet oder darüber, wie jede Person ganz individuell ihren Verbrauch senken kann. Niemand spricht über die Profiteur:innen der Krisen: die Produzent:innen von Kohle, Öl und Gas. Und an der Börse reiben sich die Händler:innen die Hände. So sieht Umverteilung von unten nach oben aus. ☆

(Die momentan guten) Refugees Welcome!

Wie der Krieg in der Ukraine mit institutionellem Rassismus in den Asyl-Lagern Berlins zusammenhängt

Weddinger Gruppe „Lager Mobilisation“

Als nachbarschaftliche Gruppe „Lager Mobilisation“ versuchen wir, die Asyl-Lager in und um den Wedding zu besuchen. Die Gruppe wurde im Zuge des sogenannten „Sommer der Migration“ im Jahre 2015 gegründet und unser Ziel war und ist stets, keine weitere ehrenamtlich-zuarbeitende Gruppe zu sein. Stattdessen wollen wir zusammen mit den Asyl suchenden und nicht findenden Menschen die entmenslichenden Massen-Lagerungen an sich infrage stellen und uns für eine Behausung in gewöhnlichen Wohnungen organisieren.

Wir als Gruppe hatten in den letzten Jahren unseren Fokus auf das Container-Lager auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (alias "Bonnies Ranch") gelegt. Hier bauten wir durch unterschiedliche soziale Aktivitäten erste Kontakte mit den dort lebenden Menschen auf, bis mitten in der Pandemie die gesamten Bewohner*innenschaft des Lagers zum ersten Mal aufgelöst und auf verschiedene andere Lager umgelagert wurde. Der inoffizielle Grund hierfür war wohl, dass diese Unterkunft behörden-intern als "Corona-Quarantäne-Lager" für deutsche Staatsbürger*innen eingeplant war, wozu es jedoch nie kam. Nach diesem ersten harten Umbruch, durch den wir auch all unsere lokalen Kontakte verloren, wurde das Lager wieder befüllt bis der Krieg in der Ukraine begann.

Ein Akt der Spaltung.

Einige Tage nachdem die ersten Menschen aus der Ukraine in Berlin eintrafen, wurden die asylsuchenden Menschen des Containerdorfs an einem Donnerstagnachmittag durch die zuständigen Behörden informiert, dass sie innerhalb von 24 Stunden ihre Sachen packen und umgelagert werden sollen, damit aus der Unterkunft eine zentrale Erstankunfts- und Umverteilungsstelle für ukrainische



Deutsche Asylpolitik in einem Foto vor dem Asylagerin Bonnie's Ranch

Menschen gemacht werde. Diese Hauruck-Aktion ist auf allen Ebenen ein Akt der Spaltung durch behördlich-institutionellen Rassismus: Asylsuchende Menschen, die dort wohnten und sich trotz der vielen Probleme halbwegs eingerichtet hatten, wurden gezwungen, ihren gesamten Lebensmittelpunkt zu wechseln, weil die Behörde eine andere Gruppe ihnen, ihren Errungenschaften und sozialen Netzwerken vorzieht. Diese Art der Spaltung durch Bevorzugung und Benachteiligung ist nichts Neues in der deutschen Asylgeschichte. Mit diesen nationalistischen Abschreckungsmethoden wird den asylsuchenden Menschen klar gezeigt, wie unwillkommen und letztlich austauschbar, weil abschiebbar sie seien. Heute sind es die ukrainischen Menschen, die bevorzugt werden, gestern waren es die syrischen, die mit dem Neid der afghanischen Menschen zu kämpfen hatten, die vorgestern selbst noch gegenüber den Lampedusa-Gestrandeten bevorzugt wurden. Die Vermittlung der

Historie der Asylpolitik an neue asylsuchende Menschen, bleibt somit bei uns kritischen Staatsbürger*innen wichtig, um diese staatlichen Spaltungsmethoden anzugehen.

Wenn dies nicht geschieht, wird sich das zeitgenössische Asylsystem tiefer verfestigen: Asyllager werden als ertragreiche, schein-humanitäre Industrie weiter inmitten der Städte aufgebaut, obwohl sie zur Ausgrenzung und Ghettoisierung führen; die asylsuchenden Menschen bleiben unter sich zerstritten und von der deutschen Mehrheitsgesellschaft isoliert; sie werden weiter als billige Arbeitskräfte ausgebeutet.

Doppelmoral und Deutungshoheit des Staats, der auch uns alle beherrscht und gleichzeitig repräsentiert, müssen in Frage gestellt werden. Menschen gehören nicht in Lager sondern sollten hier echte Solidarität erfahren. Vor allem, weil auch die Politik der BRD selbst eine der Fluchtursachen vieler asylsuchender Menschen ist. ☆

Deutschland jetzt Kriegspartei!

Die Ampelkoalition rüstet auf

Von: Offenes Antifaschistisches und Antirassistisches Netzwerk

Mit der Lieferung schwerer Waffen und vor allem der Ausbildung ukrainischer Soldat*innen, ist die Bundesrepublik nun eine der offiziellen Kriegsparteien in der Ukraine. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Bundestages kommt zu diesem Schluss. Für Waffenlieferungen und die Ausbildungen an schweren Geräten hat auch die Direktkandidatin für den Bezirk Mitte - Hanna Steinmüller, Bündnis 90/Die Grünen - gestimmt. Ihre "schwere Entscheidung" passt hierbei in die seit Jahren klare politische Linie ihrer Partei und entspricht dem Wunsch ihrer Parteikollegin und Außenministerin Baerbock, weltweit "endlich mehr Verantwortung" zu übernehmen. Auch militärisch, denn eine von der Bundesregierung wirtschaftlich und politisch dominierte und beherrschte EU reicht scheinbar nicht mehr aus. Die "Zeitenwende" mit neuen Forderungen nach härteren Sanktionen gegen Russland und einer weiteren Aufrüstung der Bundeswehr kommen daher nicht erst, wie gerne erklärt, durch den Krieg in der Ukraine, sondern sind seit Langem fester Bestandteil außenpolitischer Forderungen von Grünen, SPD, FDP und CDU. Die Ankündigung, für die Aufrüstung 100 Milliarden Euro auszugeben sowie zukünftig jährlich 2 Prozent des BIP (das entspricht ca. 71,2 Milliarden Euro) für die Bundeswehr bereitzustellen, fand im Bundestag jede Menge Beifall. Sätze wie die des Bundesvorsitzenden der Grünen Omid Nouripour: »Wir werden immer Friedenspartei bleiben«, scheinen hier nicht wirklich zu passen, sind aber sehr ernst gemeint und zeigen, wie die Grünen gegenwärtig Friedensbeteuerung mit Kriegsbegeisterung kombinieren. Aber nicht nur die Grünen bejubeln das gigantische Aufrüstungspaket, auch Aktieninhaber*innen diverser Rüstungskonzerne können sich auf saftige Dividenden freuen. Rheinmetall geht davon aus, sein Umsatzplus im Jahr 2022 um weitere 10 Prozent, also auf insgesamt 20 Prozent zu steigern. Nicht erst durch die zahllosen NATO-Kriege der letzten 20 Jahre sollte uns

aber klar sein, dass ein einseitiges Aufrüsten Kriege nur weiter eskalieren lässt und sie in die Länge zieht. Letztendlich finden sie immer auf dem Rücken der Menschen in den Kriegsgebieten statt, die nicht in der Lage sind zu fliehen und auf dem Rücken der arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung aller Kriegsparteien, die Teuerungen, Knappheit und Grundrechtsverschärfungen aushalten müssen. Schon jetzt ist absehbar, dass durch den Krieg in der Ukraine die Weizenpreise auf dem Weltmarkt derart steigen, dass es weltweit zu Hunger und Knappheit in armen Regionen kommen wird. Dass eine Reduzierung der deutschen Schweine- und Rindfleischproduktion um lächerliche 16 Prozent schon ausreichen würde, den Wegfall des Weizens aus der Ukraine weltweit auszugleichen, will aber wohl auch keine Grüne "Umwelt- und Friedenspartei" wissen. Ebenfalls nimmt die Bundesregierung durch die Aufrüstung ihrer eigenen Armee sowie der Ausbildung ukrainischer Soldat*innen und die Versorgung der ukrainischen Armee eine weitere Eskalation billigend in Kauf. Durch den Einsatz dieses "Sondervermögens" für Krieg und Konzerne anstatt für Menschen zeigt sich, dass die Regierung soziale Probleme weder lösen kann noch will. Weder in Deutschland noch sonst wo auf der Welt. Ihre Politik agiert fernab von den Bedürfnissen der Menschen und ist von Machtbestrebungen, Profiten und Kapitalinteressen gekennzeichnet. ☆

Weitere Informationen

Aktiv werden gegen Krieg und Militarismus - Treffen des Offenen Antifaschistischen und Antirassistischen Netzwerk :

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat ab 18:30 Uhr im Interbüro (Genter Straße 60)

Weitere Informationen findet ihr unter: www.unverwertbar.org.

Nachrichten

Bezirksamt veröffentlicht Liste mit Vorhaben

Das Bezirksamt Mitte hat im Mai eine Vorhabenliste veröffentlicht, der man auch geplante Investitionen im Wedding entnehmen kann, wie etwa den Neubau einer Kita in der Triftstraße 12, die Neugestaltung des Weddingplatzes oder verschiedene Veränderungen im Straßenbau in unseren Kiezen.

Betriebsratswahlen bei Lieferando

In diesem Sommer stehen berlinweit für 2500 Beschäftigte bei Lieferando Betriebsratswahl an. Gebt die Info weiter, denn ein Betriebsrat bei Lieferando ist gut für alle.

Bebauungspläne Uferhallen veröffentlicht

Vom 07. Juni bis 06. Juli sind die Bebauungspläne für das Uferhallen-Areal öffentlich einsehbar und Einwendungen können geschrieben werden. Die Bebauungspläne beruhen auf den Investoren-Träumen der Samwer-Brüder, welche das Areal 2017 erworben haben und ausbauen wollen (die Plumpe berichtete).

Droht dem Bootsverleih an der Plötze das Aus?

Die Fischerpinte am Plötzensee ist von der endgültigen Schließung bedroht, da es dem derzeitigen Besitzer nicht erlaubt ist, seinen Pachtvertrag mit dem Bezirk an einen zukünftigen Betreiber weiterzugeben. Für den Einwohnerantrag "Weiterbetrieb eines Bootsverleih am Plötzensee ermöglichen!" werden derzeit Unterschriften aus der Nachbar*innenschaft gesammelt.

Gute Nachricht

Nach Informationen von Antifa Info Wedding ist Karsten Wappler aus dem Wedding weggezogen. Wappler ist Mitbegründer der verschwörungsideologischen Partei Die Basis und trat bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus als deren Kandidat für den Bezirk Mitte (Wahlkreis 6) an. Ein Rechter weniger

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral

Stimmen aus der Nachbar*innenschaft zu steigenden Preisen

Plumpe Redaktion

Nachdem wir seit Jahren schon mit Mieterhöhungen zu kämpfen haben, ist das gesamte Frühjahr auch noch von steigenden Verbraucherpreisen geprägt. Die allgemeine Inflation in Deutschland liegt im April 2022 bei über 7 Prozent im Vergleich zu einem Jahr zuvor. Aber gerade der Alltagsbedarf, also Strom, Gas und Heizung, Sprit und Lebensmittel sind davon noch viel stärker betroffen. Lebensmittel wie Butter, Öl oder manches Gemüse wurden sogar um bis zu 30 Prozent teurer! Zwar bringt die Regierung mittlerweile einige Entlastungsmaßnahmen auf den Weg, wie etwa das 9-Euro-Ticket oder die Einmalzahlung von 300 Euro brutto für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen. Allerdings werden diese Maßnahmen nicht ausreichen, um gerade den Ärmsten unter uns – Geringverdienenden, Minijobber*innen, Rentner*innen, Arbeitslosen – wirklich aus der Klemme zu helfen. Wir haben Menschen aus der Nachbarschaft*innenschaft¹ gefragt, wie sich die Preissteigerungen in ihrem Leben konkret bemerkbar machen:

¹Auf persönlichen Wunsch wurden einige Namen von der Redaktion weggelassen oder geändert.

» Wir würden uns gerne gesund ernähren, aber Gemüse ist zu teuer«

[Mutter, 2 Kinder]

» Für Grundnahrungsmittel muss ich inzwischen wesentlich tiefer in die Tasche greifen. Zugleich steigen unsere Löhne in der Sozialen Arbeit kaum oder gar nicht. Wenn die Energiepreise noch weiter steigen, werden wir alle ordentlich nachzahlen müssen. Kämpfe um höhere Löhne, bezahlbare Mieten und niedrigere Lebenshaltungskosten werden zukünftig unvermeidlich auf der Tagesordnung stehen.«

[Marcel, Sozialarbeiter]



Essensausgabe der Kiezkommune Wedding. 2-wöchentlich am Sonntag von 14-16 an der Badstraße 38/39

» Als alleinerziehende Mutter und Studentin kann ich mir schon jetzt gängige Lebensmittel wie Tomaten nicht mehr leisten. Es fällt mir zunehmend schwer, die Brotdose meines Kindes zu füllen, da auch die Brotpreise spürbar gestiegen sind. Schon vor dem Krieg ist mein Gasabschlag um fast zwei Drittel gestiegen. Da ist es mit "Heizung etwas runterdrehen" leider nicht mehr getan. Ich heize eh nicht viel, aber für mein Kind muss schon ein Raum in der Wohnung warm sein. Gerade bei den hohen Inzidenzen sind Wärme und gesunde Ernährung wichtig, aber momentan gibt es da keine Entlastung. Ich habe wirklich Sorgen, was für Kosten noch auf mich zukommen und hoffe, dass der Zugang zu Obst und Gemüse nicht noch mehr eingeschränkt wird.«

[Sonja]

“

Ich habe eine halbe Tüte mit Hähnchen, Sucuk und Gemüse gekauft und habe 33 Euro bezahlt! Statt fünf Euro alles sieben Euro.

[Pervin, Kundin vor einem Backshop]

» Die Preise steigen, aber das Geld, was manche Leute von der Arbeit kriegen, ist immer noch gleich und das ist eben auch das Problem. Zum Beispiel, an einem Tag gehen sie eine Tüte Gummibärchen kaufen und das Geld, was sie kriegen oder ihre Kinder, wenn die Taschengeld kriegen, dann können sie damit etwas kaufen und am anderen Tag nicht mehr, weil die Preise eben zu hoch sind. Dann müssen sie immer sparen und ja, das ist auch schlecht in so einer Zeit. Normalerweise ist es ja schlecht, dass die Preise eh schon steigen, vor allem in so einer Zeit mit Corona und Krieg und die Leute haben eh schon genug Stress.«

[Melissa, 9 Jahre alt]

» Was soll man da sagen? Wurden die Löhne und Zuschüsse großartig erhöht? Nein... Tja... Dass manche Menschen sich nicht mal die Grundnahrungsmittel leisten können -Tendenz steigend!-, ist traurig und beängstigend! Hab neulich irgendwo mal wieder ‚Tipps‘ der Verbraucherzentrale gelesen: saisonale und reduzierte Produkte kaufen, Essensplan für die Woche erstellen, selber kochen usw... Sparen... Und noch häufiger, anstelle der freien Entfaltung und Qualitytime mit der Familie doch lieber die Reklame auf der Suche nach Angebote durchblättern und die Regale nach Reduzierungen und Verfallsdatum absuchen. Mahlzeit liebe Kinder... Heute gibt's wieder den Auflauf a la Saison aber ohne Butter, die können wir uns diese Woche nicht leisten, weil ich mich für Himbeeren entschieden habe.«

[Jenia, Erzieherin und Mutter von zwei Kindern]

» Die bekommen Panzer! Wir bekommen pro Schule 2000 Euro. Das reicht vorne und hinten nicht. Damit kannst du maximal die Klos putzen.«

» Ich bin froh, dass die Kinder in der Schule Mittagessen kriegen. Essen ist für uns Luxus geworden. Dabei will man den Kindern auch mal was gönnen, aber da geht nicht mal ´ne Kugel Eis.«

» Was soll ich mit einmalig 300 Euro? Ich habe drei Kinder - damit kann ich maximal einen Monat planen«

» Es ist schon schlimm mit Corona gewesen als wir nichts einkaufen konnten, weil überall dicht war. Meine Tochter konnte nicht mal eine Jacke kaufen. Und jetzt kommen wir nicht mal an die Ware ran. Man überlegt dreimal was man jetzt kauft und was nicht. Es verdoppelt und verdreifacht sich alles.«

[Betreiberin eines Tante-Emma-Ladens]

» Ich bin nur noch am rechnen, kaufe nur noch nach Angeboten und Kultur fällt komplett weg.«

[Studentin]



Lebensmittelspenden von der Berliner Tafel

Mit den Preisen steigen auch Unmut und Empörung in der Arbeiter*innenklasse. Während die Reichen weiterhin Profite machen, Yachten und Immobilien sammeln und der Staat sie dabei auch noch unterstützt, werden wir für ein sicheres und gesundes Leben kämpfen müssen! In erster Linie brauchen wir höhere Löhne, stabile Preise und niedrige Mieten. Langfristig müssen wir aber dafür sorgen, dass die Auslöser von solchen Preisexplosionen unmöglich werden: Wirtschaftskrisen, global ungehemmte Pandemien, Kriege und Klimawandel. Und das heißt, dass wir eine andere Art der Wirtschaft brauchen – eine, in der es nicht um Profite, Konkurrenz und Ausbeutung von Mensch und Natur geht. Anders gesagt: Wir brauchen eine demokratische und sozialistische Wirtschaftsplanung, in der für die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse produziert wird und alle Menschen gleichermaßen am Reichtum der Gesellschaft teilhaben. ☆

Die Geschichte der Kösliner Straße

Die Schande der Sozialdemokratie endet nicht mit dem Blutmai 1929

Plumpe Redaktion

Über den als „Blutmai“ in die Geschichtsbücher eingegangenen Verrat der SPD an der Arbeiter*innenbewegung schrieb die Plumpe bereits in Ausgabe 8: Am 1. Mai 1929 wurden bei Straßenschlachten 33 Menschen von der Polizei ermordet. Im Vorfeld dessen hatte der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel die traditionellen 1. Mai Demonstrationen verboten – ein Novum in der deutschen Geschichte. Auf dieses Verbot reagierte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit dem Aufruf zu friedlichen Massenprotesten in Berlin. Auch viele Anhänger*innen der SPD-Ortsgruppen waren empört über ihre Parteiführung. Die Berliner Arbeiter*innen beschlossen am 1. Mai gemeinsam auf die Straße zu gehen und die Arbeit niederzulegen. Zörgiebel zog daraufhin über 13.000 mit Pistolen, Gewehren, Handgranaten, Maschinengewehren und Panzerwagen bewaffnete Polizisten aus ganz Deutschland zusammen. Als dann am 1. Mai tausende Arbeiter*innen trotz des Demonstrationsverbotes auf die Straße gehen wollten, schlug ihnen der blutige Angriff der Polizei entgegen. In den folgenden Straßenkämp-



In der Kösliner Straße erinnert heute nichts mehr an den blutigen Verrat der Spd

weiterhin eine solch strahlende Erinnerung an die eigene Schuld beim Blutmai, dass die ganze Straße abgerissen wurde – als erste

»Trotz Zörgiebels Polizei,
wir gedenken des Ersten Mai!
Der herrschenden Klasse blutiges Gesicht,
der Rote Wedding vergisst es nicht

Zeilen aus dem Lied „Roter Wedding“ (1929) von Erich Weinert

fen fanden 33 Menschen den Tod, über 200 wurden verletzt und 1200 verhaftet.

Doch in der Kösliner Straße endete der sozialdemokratische Verrat nicht mit dem Blutmai, sondern setzte sich nach dem Krieg bis zum heutigen Tage fort. Die Täter der Polizei blieben straffrei und die politisch Verantwortlichen wurden geehrt. Polizeipräsident Zörgiebel machte auch nach dem Krieg weiter Karriere und bekam das Bundesverdienstkreuz der BRD verliehen. In Berlin ist heute eine Straße nach ihm benannt.

Die Kösliner Straße, die kommunistische „Rote Gasse“, war für die Nachkriegs-SPD

im Wedding. Der dafür Verantwortliche SPD-Stadtbaurat Walter Nicklitz arbeitete bei den Abrissplänen mit dem Nazi Erich Frank zusammen, der schon in den 1930er Jahren Abrisspläne ausarbeitete, weil die Kösliner Straße eine Brutstätte der „volkszerstörenden Irrlehren“ des Marxismus sei. SPD-Stadtbaurat Walter Nicklitz bekannte ganz offen seine politische Motivation des Abrisses: Die Straße sei eine „Gefahr für den sozialen Frieden“ eine „Keimzelle der Zersetzung“ und schon in der Weimarer Zeit ein „sozialpolitischer Unruheherd“ gewesen. Die gesamte Straße musste durch Abrissbagger zerstört werden, um den SPD-Wunsch

nach der Beseitigung der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung umzusetzen.

Der polizeiliche Kampf gegen die „Rote Gasse“ wurde nun städtebaulich fortgeführt. Und nach jenem Sozialdemokraten Walter Nicklitz, der die kommunistische Straße niederreißen ließ, ist heute die Promenade an der Panke benannt. Die Namen der Opfer des von der SPD initiierten Polizeiterrrors finden sich nirgends im öffentlichen Raum, aber der Verantwortliche für die städtebauliche Auslöschung der Kösliner Straße wird hier geehrt. Geschichtspolitisch versucht die SPD seit dem Blutmai, ihre eigene Verantwortung zu verschweigen, zu verklären oder die Kommunist*innen als die Schuldigen zu verleumden, wie an dem nichtssagende Gedenkstein an der Panke (Ecke Wiesenstraße) zu erkennen ist. Auf ihm steht nur geschrieben: »Anfang Mai 1929 fanden hier bei Straßenkämpfen 19 Menschen den Tod. 250 wurden verletzt.« Kein Wort darüber, dass es sich um Arbeiter*innen gehandelt hat, die von der Polizei ermordet wurden. Kein Wort darüber, dass dies im Auftrag der SPD geschah. ☆

Wie weiter nach dem Volksentscheid?

Kiezteam Wedding DWE

Die Mieten explodieren. Wohnen ist weniger ein Menschenrecht als vielmehr eine Anlagemöglichkeit. So flossen beim Immobilienkonzern Deutsche Wohnen im Schnitt fast 170,- Euro der Miete in die Taschen der Aktionär*innen – als Gewinn; von dem Geld wurden weder Reparaturen noch Renovierungen durchgeführt. Der Markt ist also keine Lösung, er ist das Problem.

Kein Wunder, dass der Volksentscheid *Deutsche Wohnen & Co enteignen* am 26. September vergangenen Jahres mit 59,1 Prozent mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als die jetzigen drei Senatsparteien zusammen. Jeder Immobilienkonzern mit mehr als 3.000 Wohneinheiten in Berlin sollte vergesellschaftet wer-

den. Doch was ist seither geschehen? Franziska Giffey (SPD), regierende Bürgermeisterin von Berlin und erklärte Feindin der Vergesellschaftung, berief eine Expert*innenkommission ein, die vorrangig die Rechtmäßigkeit einer Vergesellschaftung prüfen sollte – was ihr Parteifreund Andreas Geisel als Innensenator schon 15 Monate lang im Vorfeld der Zulassung des Volksentscheids getan hatte. Ein durchsichtiges Manöver zum Zeit-Schinden also.

Die Initiative *Deutsche Wohnen & Co enteignen*, Organisatorin des Volksentscheids, hat diese barsche Missachtung demokratischer Spielregeln kalt erwischt. Um nicht als Bremser der Vergesellschaftung dazustehen, hat sie eine Verfassungsrechtlerin, eine Stadtgeografin und einen Juristen in die Senatskommission entsandt. Doch

einer Franziska Giffey würde es reichen, wenn sich nur ihre Expert*innen gegen die Machbarkeit der Vergesellschaftung aussprechen; damit könnte sie anzweifeln, dass ein Gesetz zur Enteignung großer Wohnkonzerne vor dem Bundesverfassungsgericht bestehen könnte. Schon hätte sie die Rechtfertigung dafür, die Berliner Mieter*innen im Regen stehen lassen zu können.

In der Zwischenzeit hat die Vergesellschaftungs-AG der Initiative einen eigenen Gesetzestext erarbeitet. Ein Gesetzesvolksentscheid hätte den Vorteil, dass der Senat zur Umsetzung gezwungen wäre, wenn die Berliner Bevölkerung für ihn stimmt. Ob und wann die Initiative erneut einen Volksentscheid in Angriff nimmt, wird sie in den kommenden Monaten entscheiden. ☆

Kampf um den Kiez auf dem Rücken der Ärmsten

In der Müllerstraße hat ein neuer Drogenkonsumraum eröffnet. Die Anwohner*innen befürchten eine Abwertung ihrer Wohngegend und protestieren dagegen

Stanislaw Kowalski

Der neue Drogenkonsumraum im afrikanischen Viertel ist der zweite Konsumraum in Mitte. Seit 2004 gibt es bereits einen Drogenkonsumraum in der Birkenstraße in Moabit. Mit Drogenkonsumräumen soll verhindert werden, dass der Drogenkonsum in der Öffentlichkeit stattfindet, Drogenkonsument*innen bekommen dort kostenlos sauberes Spritzbesteck, was die Möglichkeit von Infektionen mit Krankheiten wie HIV und Hepatitis C in deutlich reduziert. Der Drogenkonsum findet unter medizinischer Aufsicht statt. Durch ein direktes Eingreifen können Todesfälle durch Überdosierung verhindert werden.

Die Anwohnenden lehnen das Suchthilfe-Projekt mit großer Mehrheit ab und mobilisieren gegen die neue Einrichtung der Drogenhilfe. Auch eine Petition mit über 500 Unterschriften wurde gestartet. Die

Nachbar*innen verlangen Schutz vor den Drogenkonsument*innen und wünschen eine Verlagerung des Projektes an den Leopoldplatz, wo sich große Teile der Drogenszene täglich aufhalten.

Tatsächlich wird der Drogenkonsumraum am Leopoldplatz gebraucht, doch keiner der Vermieter*innen war bereit, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Am Leopoldplatz gab es bereits eine Anlaufstelle für Drogenkonsument*innen des Vereins Fixpunkt. Ende 2021 wurde jedoch der Mietvertrag nicht verlängert. Die Situation auf dem Leopoldplatz ist schwierig. Menschen mit vielfältigen Problemen treffen sich hier. Manche sind vor Krieg, Gewalt und Hunger geflohen, viele haben keinen Zugang zum Gesundheitssystem, andere sind obdachlos und können keine bezahlbare Wohnung finden. In der Vergangenheit gab es immer wieder Versuche, die Menschen durch Polizeiprä-

senz zu vertreiben, aber es ändert nichts an der Situation. Die Erfahrung ist immer die gleiche, wie einer der Drogenkonsumenten schildert:

"Selbst, wenn du niemandem Schaden möchtest und dich gut benimmst, verscheuchen sie dich immer und überall. Wenn die Polizei kommt, schnappen sie sich meistens als erstes die Nicht-Deutschen und dann noch diejenigen, die schmutzellig gekleidet sind."

Ein Raum, in dem die Drogenkonsument*innen vor der Polizei geschützt sind und Hilfe bekommen, wird dringend benötigt. Die Anwohner*innen müssen das akzeptieren. Mit dem neuen Konsumraum in der Müllerstraße hat der Senat aber auch ein weiteres Mal bewiesen, dass er den Eigentumsverhältnissen ohne Beschlagnehmung und Enteignung nichts entgegensetzen kann. Einzig allein die Vermieter*innen entscheiden, wer wo einen Mietvertrag erhält. ☆

Ein halbes Jahr nach dem Streik

Immer noch keine Entlastung an den Berliner Krankenhäusern

Plumpe Redaktion



Auch in NRW wird jetzt wochenlang für Entlastung gestreikt. Und auch hier versuchen die Chefs, den Streik gerichtlich zu verbieten

Die starken Streiks der Berliner Krankenhausbewegung haben Ende 2021 Tarifverträge zur Entlastung der Pflege und besseren Bezahlung der Kolleg*innen in den Vivantes-Tochterunternehmen durchgesetzt. Wie sieht die Umsetzung mittlerweile aus? Ein Pfleger aus der Charité formulierte es auf der Weddinger Kiezdemo am 30.04. so:

„Die Tinte der Unterschriften war noch nicht trocken, da starteten beide Konzerne eine Werbekampagne und verwenden dabei genau jene Tarifregelungen, die kurz zuvor noch als unfinanzierbar galten. Da steigt so mancher Pflegekraft auf dem Arbeitsweg die Zornesröte ins Gesicht!“

Von Entlastung ist vor allem bei Vivantes noch immer nichts zu spüren. Es hapert wohl an den technischen Voraussetzungen. Die Geschäftsführung verschleppt die Verhandlungen zu den im Tarifvertrag nicht fest geregelten Bereichen."

Noch schlimmer sieht es bei den Töchtern aus. Der TVöD konnte nicht durchgesetzt werden, doch selbst die vereinbarten Lohnerhöhungen sind

bisher nicht bei den Kolleg*innen angekommen. Um fast jede Eingruppierung wird gefeilscht. So arbeiten viele Beschäftigte sogar unterhalb des Berliner Mindestlohnes. Frech wird darauf verwiesen, dass dieser ja mittels der Schicht- und Erschwerniszulagen erreicht werde. Der Senat als Eigentümer lässt das zu. Seit Monaten verschleppt die Geschäftsführung die Zahlung der vereinbarten Löhne. Die Vermutung liegt nahe, hier werden die Beschäftigten abgestraft.

Und auch an der Charité spart man weiter zu Lasten der Kolleg*innen in den Tochterunternehmen. Der letzte lange Streik im Charité Facility Management wurde etwa ein Jahr vor der Krankenhausbewegung mit einer Schlichtung beendet und führte zu einem Haustarif statt wie gefordert in den TVöD. Auch dort wird von Umsetzungsproblemen und Abstrafungen Aktiver berichtet.

Den Kolleg:innen des Labor Berlin, einem gemeinsamen Tochterunternehmen von Charité und Vivantes auf dem Gelände des Virchow-Klinikums, wird bis heute komplett die Aufnahme von Tarifverhandlungen verweigert.

Der Kollege aus der Charité sagt dazu:

„Die Berliner Krankenhausbewegung hat vieles erreicht. Doch die Kämpfe um bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen müssen weiter gehen. Nicht mehr als Häuserkampf vereinzelt, sondern gemeinsam. Kliniken und Tochterunternehmen, in Berlin und bundesweit. Denn von der Politik, die Krankenhäuser als Kapitalanlagemöglichkeit betreiben will, sind alle betroffen. Fuck DRGs¹! Entlastung und TVöD für alle!“ ☆

¹DRG steht für „Diagnosis Related Groups“, die englische Bezeichnung für die Fallpauschalen in der Krankenhausfinanzierung.



Werbung der Charité - ob die Kolleg*innen hier am Virchow das wohl auch so sehen?

Nach der Zwangsäumung

35 Jahre lebte Daniel im Wedding, bis er Anfang 2020 aus seiner Wohnung zwangsgeräumt wurde. Wir sind seitdem regelmäßig mit ihm in Kontakt. Hier berichten wir, wie sich sein Leben seitdem verändert hat.

Mietenwahnsinn Nord

Seit der Zwangsäumung vor über zwei Jahren wohnt Daniel nun in einem 8.5qm großen Zimmer in einer Wohnungslosenunterkunft in Schöneberg. Zwischen Tür, Bett und Tisch gibt es nur einen schmalen Durchgang. Die Möbel sind in die Jahre gekommen, die Räume sind renovierungsbedürftig und werden nur selten vom Heimbetreiber gereinigt. Die Toilette, Dusche, Küche und Waschmaschine werden von allen Hausbewohner:innen geteilt. Internet gibt es nicht.

Die Suche nach einer neuen Wohnung ist für ihn fast aussichtslos: das Stigma der Wohnungslosenunterkunft und die Zwangsäumung haften an Daniel. Auf dem "freien Markt" findet er nichts. Er erzählt uns, dass einige Bewohner:innen seit 8 Jahren in der Unterkunft leben und vergeblich nach einer Wohnung suchen.

Daniel ist kein Einzelfall: jedes Jahr gibt es in Berlin mehrere Tausend Zwangsäumungen, mehr als 30.000 Menschen leben in Berlin in Wohnungslosenheimen. Für die Betreiber ist das ein rentables Geschäft: sie erhalten pro Monat 1.200€ pro Person vom Sozialamt. Statt die Bewohner:innen beim Finden einer neuen Wohnung zu unterstützen, haben sie ein Interesse daran, dass genau das Gegenteil passiert und die Heimbewohner:innen möglichst lange festsitzen. Gleichzeitig sparen sie an Personal und Instandhaltung in den Gebäuden, um den maximalen Profit rauszuholen.

Ein Ende der Heimunterbringung ist möglich

Für uns ist klar: Die Heimunterbringung in Berlin muss dringend beendet werden. Sie ist unmenschlich und dient vor allem der Bereicherung der Heimbetreiber*innen. Statt privaten Betreiber*innen Geld in den Rachen zu werfen, sollte der Senat lieber Wohnraum für die schaffen, die ihn am drin-

gensten brauchen. Wir wüssten auch schon, wo: in den letzten Jahren haben wir dutzende leerstehende Häuser in Wedding, Mitte und Moabit recherchiert. Hier wäre reichlich Platz - nur der politische Wille fehlt!

Leerstehende Gebäude können zu einem Zuhause für wohnungs- und obdachlose Menschen werden. Das wäre ein erster wirkungsvoller Schritt zum Ende von Obdachlosigkeit in Berlin! Dass das funktioniert, sehen wir gerade in der Habersaathstraße in Mitte: hier wohnen seit Anfang des Jahres ca. 50 ehemals wohnungslose Personen in einem Gebäude, welches vorher viele Jahre leer stand. Dieses Konzept ließe sich auch auf viele andere Gebäude in Berlin anwenden.

Das Bleiberecht der Menschen in →

der Habersaathstraße ist gefährdet, denn der Investor möchte das Haus abreißen, um Luxusapartments zu errichten. Für uns ist klar: Um Obdachlosigkeit zu beenden, müssen Investorenträume platzen! Wir unterstützen die Menschen in der Habersaathstr. also weiter und kämpfen gemeinsam für eine dauerhafte sinnvolle Nutzung des Hauses. Unser Slogan: Keine Menschen ohne Wohnung, keine Wohnung ohne Menschen! ☆

Mietenwahnsinn Nord

Unterstützt uns bei unserer Arbeit und kommt zum offenen Treffen: aktuelle Infos auf miwa.noblogs.org



Daniel in seiner Unterkunft in Schöneberg.

80 Mio. Euro Investitionsprogramm zwischen Badstraße und Pankstraße

Steht dem Kiez in den nächsten Jahren eine weitere Aufwertungswelle bevor?

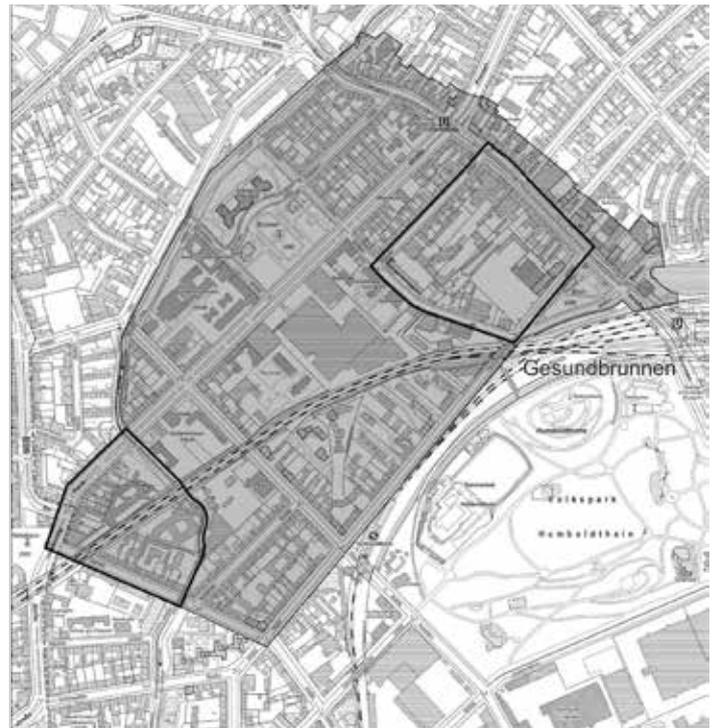
Kiezkommune Wedding - Kommission für Wohnen

Ende 2021 hat der Berliner Senat ein weiteres Stadtumbaugebiet beschlossen. In den nächsten 15 Jahren stehen im Gebiet zwischen Gesundbrunnen Center und Widerstandsplatz (Nettelbeckplatz) zahlreiche Veränderungen durch das mehr als 80 Mio. Euro umfassende Aufwertungsprogramm an.

Stadtumbau für Problemquartiere

Die Ausweisung eines Stadtumbaugebiets hat die Aufwertung eines Areals zum Ziel. Historisch ging es beim Stadtumbau Ost ab Mitte der 2000er um zweierlei: Einerseits den großflächigen Abriss von Leerstand. Parallel wurden Aufwertungsmaßnahmen, vor allem der Innenstädte und „erhaltenswerter“ Quartiere, gefördert. Später entwickelte man dann auch für „Problemquartiere“ im Westen den Stadtumbau West, der ähnlich funktioniert.

Im Vorfeld der Ausweisung als Sanierungsgebiet wurden seit 2019 bereits Untersuchungen durchgeführt und durch die L.I.S.T. GmbH eine Studie erstellt. Diese liefert die Grundlage für die bereits durchgesickerten Veränderungsideen des Bezirks. Und schon in dieser Studie steckt das Problem von Beteiligungsverfahren neoliberal-grüner Prägung.



Das Stadtumbaugebiet erstreckt sich vom Gesundbrunnen bis Widerstandsplatz (Nettelbeckplatz) mit den zwei Sanierungsgebieten Böttgerstraße und Gerichtsstraße."

Fragwürdige Aussagekraft

So nahmen nur etwa 11% der Haushalte im Gebiet an der Befragung teil. Daneben beantworteten vorwiegend junge Leute (18-35 Jahre) in kleinen Haushalten (1-2 Zimmer, keine Kinder) mit einem hohen Bildungsabschluss (54% Universitätsabschluss) den Fragebogen. Auch ist festzustellen, dass über 80% angaben, keinerlei staatliche Sozialleistungen zu beziehen. Des Weiteren sind rund 50% erst in den letzten 5 Jahren in den Kiez gezogen. Gerade der letzte Aspekt sollte doch spätestens alle Alarmglocken läuten lassen. Nähmen wir an, die Studie wäre irgendwie repräsentativ, dann wäre in den letzten 5 Jahren die Hälfte der Einwohner:innenschaft ausgetauscht worden. Eine Einordnung der Aussagekraft der Erhebung bleiben alle beteiligten Stellen uns bisher schuldig. Auch ein zweiter Aspekt wirft Fragen auf, denn Gewerbetreibende spielen zwar eine große Rolle in Analysen und Planungen, wurden aber zu keinem Zeitpunkt befragt. So liegen nur gesonderte Ergebnisse zur Befragung von

Eigentümer:innen vor. Dieser Punkt erscheint wichtig, da in den Tiefen der veröffentlichten Dokumente des Bezirks ein Hinweis zu finden ist, dass genau dieser Aspekt durch Gewerbetreibende der KFZ-Werkstätten in der Böttger-/Bastianstraße bei einer öffentlichen Sprechstunde angemerkt wurde. Dieser Hinweis deckt sich auch mit eigenen Befragungen vor Ort, bei welchen zu Tage trat, dass niemand von den anstehenden Änderungen etwas weiß. Geholfen haben diese Einwände nichts, denn gerade in diesem Block stehen in den kommenden Jahren nach den Senatsplänen erhebliche Veränderungen an. Durchgesetzt hat sich ein bestimmtes besser situiertes Milieu, welches selbst Bauchschmerzen beim Thema Gentrifizierung und Verdrängung verspürt, aber durch solche „Beteiligungsverfahren“ durchaus seine Interessen in Kooperation mit der Verwaltung durchzusetzen weiß.

Hintergrundrauschen der Aufwertung

Insgesamt ist die Maßnahme das Hintergrundrauschen einer allgemeinen Aufwertungstendenz im Bezirk, die von Senat und Bezirk befördert wird. Das, was die B.Z. als „den Ortsteil Gesundbrunnen sozusagen [zu] heilen“, betitelt, sollte durch stadtpolitische und soziale Initiativen einer sehr kritischen Begleitung unterliegen. Nur so können wir sicherstellen, dass das viele Geld auch da ankommt, wo es tatsächlich gebraucht wird und schlussendlich nicht, wie in vielen anderen Nachbar:innenschaften, zur Verdrängung seiner Bewohner:innen und Gewerbetreibenden dient. ☆

Mieter*innenstammtisch

Jeden 1. Freitag im Monat ab 16:00 Uhr im Kiezladen Kommune65 (Buttmannst. 1a)

Weddinger Wut

Die Kolumne von Ninel aus dem Wedding. Diesmal mit Wut über Aufrüstung

Von: Ninel

Kurz nach dem Beginn des Kriegs in der Ukraine ist auch in Deutschland die Diskussion um die Aufrüstung wieder entbrannt. Nach jahrelangen Berichten über den angeblich desolaten Zustand der Bundeswehr war nun die richtige Gelegenheit gekommen, um mal wieder so richtig Gelder zu vers(ch)enken. Sofort verkündete Scholz ein Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr. 100.000.000.000 Euro! Das ist der drittgrößte Militärposten der Welt! Für eine Armee, die bereits jetzt schon auf der ganzen Welt Krieg führt: von Afghanistan über den Irak bis Mali. Mal eben wurde Geld aus den Hut gezaubert, wo sonst kein Geld für ein menschenwürdiges Leben für Hartz-IV-Empfänger*innen da ist. Gigantische Summen für nutzlose Berater und Rüstungsfirmen.

Mir fallen mindestens 100 Milliarden (Mil.) Dinge ein, wo das Geld notwendiger gebraucht und besser aufgehoben wären: Der Hunger auf der gesamten Welt könnte für 8 Jahre beseitigt werden. In Deutschland könnte man mal eben 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern und 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen über 9 Jahre lang bezahlen oder den Umweltetat gegen den Klimawandel um das 37fache erhöhen.

In Berlin könnte man die Krankenhaus-Investitionsoffensive finanzieren (3,5 Mil.), eine doppelte Schulbauoffensive machen (11 Mil.), die Entzignung großer Immobilienkonzerne umsetzen (10 Mil.), 10 Jahre lang den Nahverkehr kostenlos machen (20 Mil.), die Gesamtausgaben für Kitas

für die nächsten 10 Jahre verdoppeln (25 Mil.), die Haushaltskürzung 2021 von u.a. feministischen Projekten aufheben, verdoppeln und für die Projekte für die nächsten 100 Jahre absichern (1 Mil.) und es bleiben immer noch knapp 30 Milliarden für beispielweise den Kultur- und Sportbereich.

Im Wedding wären Finanzierungsfragen von Vorkaufsrecht, Spielplätzen, Jugendzentren, Unterkünfte für Obdachlose oder Frauenhäuser kein Thema mehr.

Ich selbst würde mit den 100 Milliarden dem FC Bayern alle Spieler*innen abkaufen und dem BSC Rehberge überführen. In kürzester Zeit wären die Teams aus dem Wedding die erfolgreichsten in Europa. ☆



100 Milliarden für die Bundeswehr? Transparent des Offenen Antifaschistischen und Antirassistischen Netzwerks Wedding

«Philippinischer Diktatorensohn wird neuer Präsident»

Antifaschistische Filme mahnen vor Geschichtsrevisionismus und kollektivem Vergessen

ALPAS Pilipinas / Analie Gepulani Neiteler

Am 9. Mai 2022 wurde trotz großer oppositioneller Mühen auf den Philippinen sowie in der Diaspora leider das Tandem des Todes mit scheinbar überwältigender Mehrheit gewählt. Ausgerechnet der Diktatorensohn Ferdinand "Bongbong" Marcos Junior gewann die Wahl und mit ihm steht an zweiter Stelle der Spitze nun Noch-Präsident Rodrigo Duterte Tochter Sara Duterte, die zur Vizepräsidentin gewählt wurde. Allein in Rodrigo Duterte blutrünstigem, sogenannten "Drogenkrieg" wurden in seiner Amtszeit zwischen 8.600 und 30.000 Menschen getötet. Ferdinand Marcos Senior regierte die Philippinen von 1965 bis 1986. In dieser Zeit hat der Marcos-Clan aus den Staatskassen der Philippinen nicht nur zwischen fünf und zehn Milliarden US-Dollar gestohlen, sie sind auch verantwortlich für 3.257 außergerichtli-

che Tötungen, 35.000 dokumentierte Fälle von Folter sowie 70.000 Inhaftierungen und das "Verschwindenlassen" unzähliger Oppositioneller.

Im Rahmen der Wahlen auf den Philippinen am 9. April 2022 luden ALPAS Pilipinas* und das SAVVY Contemporary** am Widerstandsplatz (ehemals Nettelbeckplatz) einen Monat vor den Wahlen zum anti-autoritären Film-Screening ein. Gezeigt wurde der autobiographische Film "Liway" von Kip Oebanda. Der Film handelt von Dakips Erfahrungen, einem Jungen, der im Gefängnis während der Marcos-Diktatur aufwächst. Seine Mutter ist Dissidentin des Marcos-Regimes und politische Gefangene. Im echten Leben ist die Aktivistin Cecilia Flores-Oebanda die Mutter des Filmemachers Kip Oebanda.

Der Filmemacher hat seinen Film sogar der breiten Öffentlichkeit für Bildungszwecke "geschenkt". Kip Oebanda postete dies mit den Worten: "This is yours now. Feel free to create copies, torrents,

splice it, stream it, use it for your own purposes." Sein Film, ein Mahnmal gegen das kollektive Vergessen. ☆

*ALPAS Pilipinas ist ein Kollektiv aus migrantischen Aktivist*innen von den Philippinen und engagierten Verbündeten, das 2021 in Berlin gegründet wurde.

**SAVVY Contemporary ist ein Kunstraum in Berlin-Wedding und positioniert sich an der Schwelle zwischen Vorstellungen und Konstrukten des Westens und des Nicht-Westens.

Weitere Informationen

Eine umfassende Liste mit Filmen und Dokumenten zur Aufklärung über philippinischen Autoritarismus und die Aufarbeitung der Marcos-Diktatur hat Mayka Maykaba vom UP College of Education Student Council zusammengestellt.

Ihr findet eine Übersicht auf unserer Homepage unter plumpe.online.

SPORT

Kein Kommerz im Park

Plumpe Redaktion

Nicht erst seit der Corona-Pandemie treiben viele Berliner*innen Sport im Park. Die Nutzung durch kommerzielle Sportanbieter*innen ist verboten und das sollte auch so bleiben.

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg beschreitet seit kurzem einen Sonderweg. Wer in den Grünanlagen des Bezirks mit Sportangeboten Geld verdienen möchte, kann jetzt eine Genehmigung beantragen. Die Gebühr beträgt zwischen 150 und 1500€ pro Jahr für die (kommerzielle) Nutzung des Parks. Laut des Bezirks ist sie so angelegt, dass es für die Sportunternehmer*innen rentabel bleiben kann. Die Nutzungslizenzen sind begrenzt. Mit der Einführung von Genehmigungen

erlaubt der Bezirk offiziell, den Fitnesskurs-Anbieter*innen ihr Angebot legal im Park fortzusetzen. Bisher war eine kommerzielle Nutzung zum Schutz und Erhalt der Grünanlagen gesetzlich untersagt. Verstöße gegen das Grünanlagengesetz können mit bis zu 5000€ Ordnungsgeld geahndet werden. Im Wedding und in allen anderen Bezirken sind kommerzielle Sportangebote in Parkanlagen weiterhin unerwünscht und das sollte auch so bleiben.

Die Berliner Stadtpolitik orientiert sich bereits seit den 1990er Jahren zunehmend daran, ein gutes Geschäftsklima für Unternehmen herzustellen und Städte selbst wie Unternehmen zu führen. Dazu gehört unter anderem die Öffnung von

Bereichen, die bisher dem Markt entzogen waren. Im Rahmen dieser Umgestaltung werden die Bewohner*innen und Nutzer*innen städtischen Raums zunehmend als Konsument*innen angesprochen. Ziel dieser neoliberalen Stadtpolitik ist es, die klassische Shoppingmall (zu der meist auch ein Fitnessstudio gehört) im öffentlichen Raum zu simulieren.

Parks und Grünanlagen sind Freiräume von hoher Qualität. Die kommerzielle Nutzung ist Ausdruck der Umgestaltung der Städte zugunsten der Interessen von Privatunternehmer*innen.

Deshalb, Hände weg von den Parks! ☆

«86 m² Internationalismus»

Im Wedding wurde die Eröffnung des Internationalistischen Büros gefeiert

Interbüro Wedding

Internationale Solidarität ist heute nötiger denn je, da die drängenden sozialen und ökologischen Probleme der Welt auch im 21. Jahrhundert weiter ungelöst bleiben. Was oft fehlt, sind Räume und Strukturen, in denen wir der Solidarität wieder mehr Leben einhauchen können. Das neu eröffnete Inter-Büro in der Genter Straße möchte genau hier ansetzen. Über das Projekt sollen dauerhafte Beziehungen zu fortschrittlichen Bewegungen, Organisationen und Menschen weltweit geknüpft werden. Dazu gehört für uns: Den Austausch durch internationale Brigaden zu stärken, Solidaritätsaktionen zu organisieren, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zu leisten und damit eine Basis für einen zeitgemäßen Internationalismus aufzubauen. Die Idee zu dem Projekt wurde von den Gruppen Interbrigadas und Hände weg vom Wedding angestoßen, und nach fast einem Jahr Planungszeit nun tatsächlich verwirklicht: am 20. März 2022 fand die Eröffnungsfeier statt, bei der knapp 100 Menschen die frisch renovierten Räumlichkeiten des InterBüros bewundern konnten. Im Rahmen der Veranstaltung wurde das Projekt, sowie einige der daran beteiligten Gruppen vorgestellt: Interbrigadas mit den Projektbereichen Kuba und Andalusien, die Initiative Postkom sowie das Offene antifaschistische und antirasistische Netzwerk. Neben Austausch, Infos, Fotopräsentationen und dem Verkauf von Soliprodukten gab es auch eine Versteigerung eines Gemäldes des 2017 verstorbenen Künstler Freddy Filete.

Nur spärlich bei der Eröffnungsfeier vertreten war der Projektbereich Kuba von Interbrigadas, der sich zu der Zeit auf Brigade befand. Dieser unterstützt seit 2021 den Aufbau eines soziokulturellen, kommunalen und internationalistischen Zentrums in Viñales auf Kuba. Die Brigaden, die der Projektbereich organisiert, helfen dabei mit, in Deutschland Sach- und Finanzspenden zu akquirieren, und führen in Kuba mit den Genoss*innen vor Ort praktische Aufbauarbeit durch. Bei der Brigade im März/April 2022



Knapp 100 Menschen feierten am 20. März die Eröffnung des InterBüros in der Genter Straße 60

wurde die Brigadeunterkunft in dem Kulturzentrum renoviert, Böden des Multifunktionsortes gegossen, die Werkstatt weiter ausgestattet und 40 Fruchtbäume auf einem Permakulturgrundstück gepflanzt. Letztere sollen in Zukunft den Kaffee und die Früchte liefern, die im Café des Projektes verkauft werden. Der Bau des Cafés ist übrigens auch der nächste Bauabschnitt der Brigade im Juli/August 2022. Den Projektbereich Kuba könnt ihr unterstützen, indem ihr bei der Brigade mitmacht oder Materialien spendet.

Doch das ist nicht die einzige Beteiligungsmöglichkeit am InterBüro! Die Räumlichkeiten können für Treffen, Veranstaltungen und vieles mehr genutzt werden. Sowohl Gruppen als auch interessierte Einzelpersonen können Teil des InterBüros werden. Wenn ihr Interesse habt, euch einzubringen, kontaktiert uns gerne. So können wir zusammen herausfinden, welche gemeinsamen Interessen und Perspektiven wir im Rahmen des InterBüros entwickeln können. Bis wir das Problem mit dem Kapitalismus

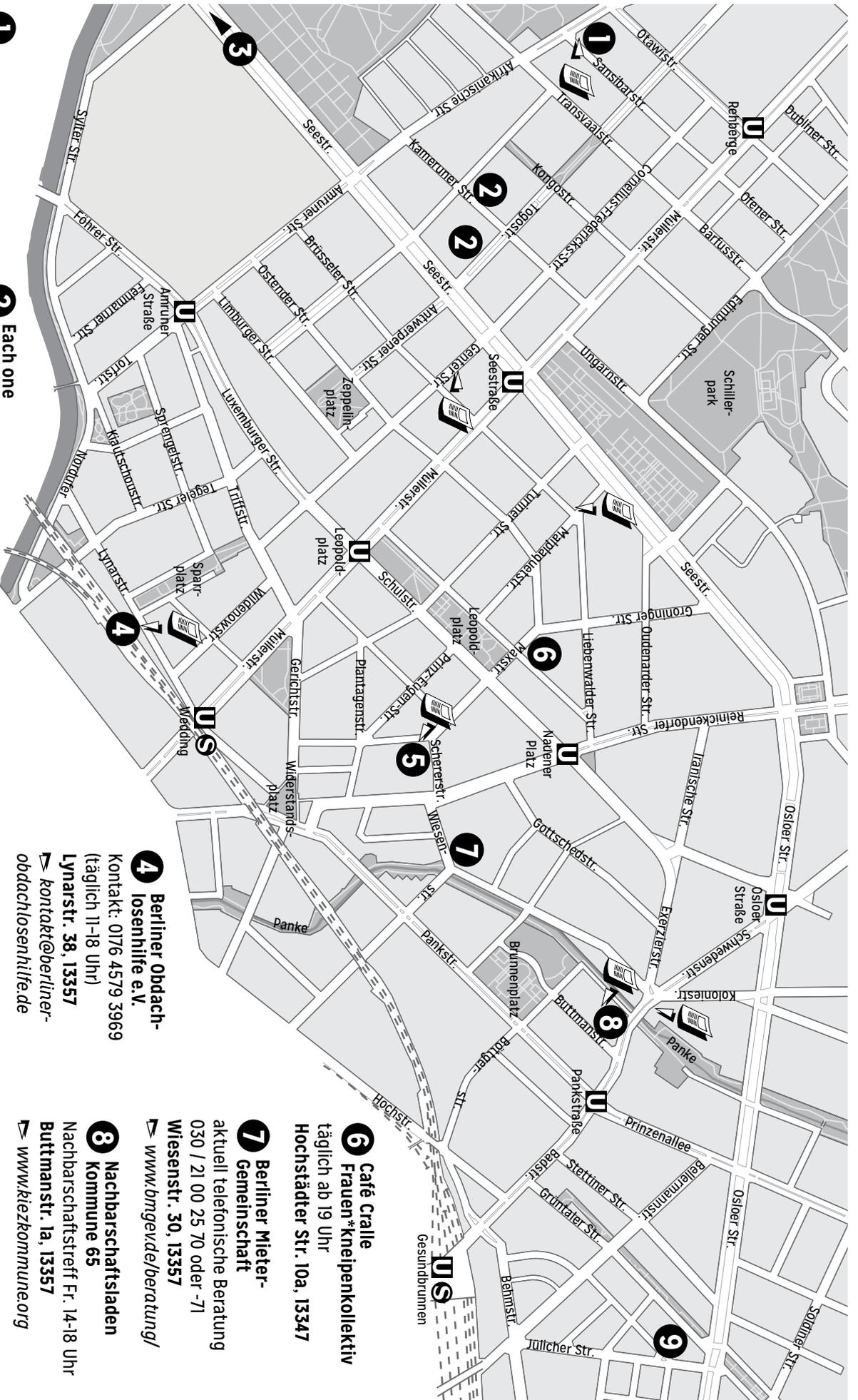
gelöst haben, bleibt außerdem die Frage der Finanzierung. Um die Miete und sonstigen laufenden Kosten des Büros dauerhaft zu stemmen, freuen wir uns über Fördermitgliedschaften und Einzelspenden. Außerdem könnt ihr im InterBüro regelmäßig Soli-Produkte wie zapatistischen Kaffee und genossenschaftliches Olivenöl erwerben. Nur mit eurer Unterstützung können wir diesen Raum unabhängig und nachhaltig gestalten! ☆

Weitere Informationen

Mehr Infos findet ihr auf interbuero.org, und auf Twitter und Instagram.

Anfragen könnt ihr an gerne info@interbuero.org richten,

Spenden an Interbrigadas e.V.,
IBAN: DE44 4306 0967 1130 8107 00



1 Kiezhaus Agnes Reinhold
Kiezküche Di. ab 18 Uhr
Offene feministische
Kontaktstelle Mi. 11-15 Uhr
Sozialberatung Do. 15-18 Uhr
Afrikanische Str. 74, 13351
↳ www.kiezhaus.org

2 Each one e.V.
Bibliothek Di. u. Do. 16-20 Uhr
in der **Togost. 76, 13351**
Offene Antidiskriminierungs-
beratung Do. 16-18 Uhr in der
Kameruner Str. 16, 13351
↳ eachone@eoto-archiv.de

3 Reachout
Beratungsstelle für Opfer rechter,
rassistischer und antisemitischer
Gewalt: 030 / 69 56 83 39
Beusselstr. 35, 10553
↳ info@reachoutberlin.de

**5 BASTA! Die Erwerbslosen-
initiative**
Do. 15-20 Uhr (Deutsch, Engl.
und Italienisch) und jeden
letzten Mi. Flint* Beratung
↳ bastaberlin@systemil.org
Schererstr. 8, 13347

**9 Freie Arbeiterinnen- und
Arbeiter-Union Berlin**
Gewerkschaftliche Beratung immer
2. u. 4. Fr. im Monat 18:30-19:30 Uhr
Anmeldung: faub-beratung@fau.org
Grüntaler Str. 24, 13357
↳ www.berlin.fau.org

**4 Berliner Obdach-
losenhilfe e.V.**
Kontakt: 0176 4579 3969
(täglich 11-18 Uhr)
Lynarstr. 38, 13357
↳ [kontakt@berliner-
obdachlosenhilfe.de](mailto:kontakt@berliner-
obdachlosenhilfe.de)

**8 Nachbarschaftsladen
Kommune 65**
Nachbarschaftstreif Fr. 14-18 Uhr
Buttmanstr. 1a, 13357
↳ www.kiezkommune.org

**7 Berliner Mieter-
Gemeinschaft**
aktuell telefonische Beratung
030 / 21 00 25 70 oder -71
Wiesenstr. 30, 13357
↳ www.bngvde/beratung/

6 Café Cralle
Frauen*Kneipenkollektiv
täglich ab 19 Uhr
Hochstädter Str. 10a, 13347

